

INFORMATIONSSCHREIBEN ZUR VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN EX ART. 13-14 DER VERORDNUNG (EU) 2016/679 IM RAHMEN DER WHISTLEBLOWING-POLICY

Mit diesem Informationsschreiben beabsichtigt Kargruber-Stoll GmbH (im Folgenden das "Unternehmen"), die in den Artikeln 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (oder "Datenschutz-Grundverordnung" - "DSGVO") vorgesehenen Angaben zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Unternehmen im Rahmen seiner "Whistleblowing-Politik" zu machen, die gemäß D. Gesetzesdekret Nr. 24 vom 10. März 2023 angenommen wurde, und insbesondere auf alle Aktivitäten und Erfüllungen, die mit dem Betrieb des Unternehmenssystems für die Verwaltung von Whistleblowing-Meldungen verbunden sind.

Die nachstehenden Informationen richten sich an "meldende" Personen und an alle anderen potenziell "betroffenen" Personen, wie z. B. Personen, die als potenziell verantwortlich für rechtswidriges Verhalten angegeben werden, alle "Vermittler" (gemäß der Definition in den einschlägigen Rechtsvorschriften) und alle anderen Personen, die auf unterschiedliche Weise in die "Whistleblowing-Policy" eingebunden sind.

1. Für die Verarbeitung Verantwortlicher

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist Kargruber-Stoll GmbH, Industriezone am Anger 1 – 39035 Welsberg-Taisten.

2. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten und Zwecke der Verarbeitung

Gemäß den Bestimmungen der oben genannten Richtlinie können personenbezogene Daten von der Gesellschaft erfasst werden, soweit sie in Whistleblowing-Meldungen oder in den diesen beigefügten Akten und Dokumenten enthalten sind, die die Gesellschaft über die in der oben genannten Richtlinie vorgesehenen Kanäle erhält.

Die Entgegennahme und Bearbeitung solcher Meldungen kann je nach ihrem Inhalt zur Verarbeitung der folgenden Kategorien personenbezogener Daten führen:

- (a) allgemeine personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Datenschutz-Grundverordnung, z. B. Angaben zur Person (Vorname, Nachname, Geburtsdatum und -ort), Kontaktdaten (Festnetz- und/oder Mobiltelefonnummer, Post-/E-Mail-Adresse), Funktion/Beruf;
- (b) personenbezogene Daten besonderer Kategorien im Sinne von Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung, z. B. Informationen über den Gesundheitszustand, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen, die sexuelle Ausrichtung oder die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft;
- (c) "gerichtliche" personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, die sich auf strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherheitsmaßnahmen beziehen.

In Bezug auf die oben genannten Kategorien personenbezogener Daten betonen wir, wie wichtig es ist, dass die übermittelten Berichte keine Informationen enthalten, die für die Zwecke der Referenzdisziplin offensichtlich irrelevant sind, und fordern insbesondere die berichterstattenden Parteien auf, keine personenbezogenen Daten besonderer Kategorien und "gerichtlicher" Art zu verwenden, es sei denn, sie werden für deren Zwecke als notwendig und unvermeidlich erachtet, in Übereinstimmung mit Artikel 5 der Datenschutzverordnung.

Die genannten Daten werden von der Gesellschaft - dem für die Verarbeitung Verantwortlichen - gemäß den Bestimmungen des Gesetzesdekrets Nr. 24/2023 und daher im Allgemeinen verarbeitet, um die notwendigen Vorarbeiten zur Überprüfung der Gründe für die gemeldeten Tatsachen und die Verabschiedung der daraus folgenden Maßnahmen durchzuführen.

Darüber hinaus können die Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zu Zwecken verwendet werden, die mit der Notwendigkeit verbunden sind, die eigenen Rechte im Rahmen von gerichtlichen, verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Verfahren sowie im Rahmen von zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlichen Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der erfolgten Meldung zu verteidigen oder festzustellen.

3. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist in erster Linie die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt - Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Datenschutz-Grundverordnung -, der insbesondere aufgrund der oben genannten Rechtsvorschriften verpflichtet ist, Informationskanäle einzurichten und zu verwalten, die der Entgegennahme von Meldungen über rechtswidrige Handlungen dienen, die der Integrität des Unternehmens und/oder dem öffentlichen Interesse schaden.

In den Fällen, die in denselben Vorschriften vorgesehen sind, kann gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Datenschutz-Grundverordnung eine spezifische und freie Zustimmung der meldenden Person verlangt werden, insbesondere dann, wenn ihre Identität offengelegt werden muss.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten besonderer Kategorien, die in den Berichten enthalten sein können, beruht auf der Erfüllung von Verpflichtungen und der Ausübung bestimmter Rechte des für die Verarbeitung Verantwortlichen und der betroffenen Person in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b der DSGVO.

Im Hinblick auf den Zweck der Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechten vor Gericht ist die einschlägige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen in diesem Zusammenhang gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO; für denselben Zweck stützt sich die Verarbeitung personenbezogener Daten mit "besonderem" Charakter, falls vorhanden, auf Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe f der DSGVO.

4. Art der Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Die Angabe personenbezogener Daten ist obligatorisch, da gemäß der Whistleblowing-Policy des Unternehmens anonyme Meldungen, d. h. Meldungen, bei denen die Identität der meldenden Person nicht festgestellt werden kann, nicht berücksichtigt werden. Die übermittelten personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung der Meldung innerhalb der Grenzen und mit den Garantien der Vertraulichkeit verarbeitet, die die einschlägigen Rechtsvorschriften vorschreiben.

5. Art der Verarbeitung und Dauer der Aufbewahrung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten, die in den gemäß der „Whistleblowing-Policy“ übermittelten Meldungen enthalten sind, erfolgt durch Personen, die von der Gesellschaft dazu ermächtigt wurden, und beruht auf den Grundsätzen der Fairness, Rechtmäßigkeit und Transparenz gemäß Artikel 5 der DSGVO.

Die personenbezogenen Daten können mit analogen und/oder computergestützten/telematischen Mitteln verarbeitet werden, um sie zu speichern, zu verwalten und zu übermitteln, in jedem Fall unter Anwendung geeigneter physischer, technischer und organisatorischer Maßnahmen, um ihre Sicherheit und Vertraulichkeit in jeder Phase des Verfahrens zu gewährleisten, einschließlich der Einreichung des Berichts und der zugehörigen Dokumente - unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 12 des Gesetzesdekrets Nr. 24/2023 - mit besonderem Bezug auf die Identität des Hinweisgebers, die beteiligten und/oder in den Berichten erwähnten Personen, den Inhalt der Berichte und die zugehörigen Dokumente.

Die bei der Gesellschaft eingegangenen Meldungen werden zusammen mit den beigefügten Urkunden und Dokumenten so lange aufbewahrt, wie es für ihre Verwaltung erforderlich ist, und in jedem Fall, wie in den Rechtsvorschriften vorgesehen, für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren ab dem Datum der Mitteilung ihres endgültigen Ergebnisses. Nach Ablauf dieses Zeitraums werden die Berichte vernichtet.

Im Einklang mit den Angaben in Absatz 1 werden personenbezogene Daten in Berichten, die für den Zweck des Berichts offenkundig irrelevant sind, unverzüglich gelöscht.

6. Bereiche der Kommunikation und Übermittlung personenbezogener Daten

Neben den oben genannten, vom für die Verarbeitung Verantwortlichen ausdrücklich zugelassenen internen Stellen können die erfassten personenbezogenen Daten im Rahmen der "Whistleblowing-Politik" und zu den angegebenen Zwecken auch von folgenden Dritten verarbeitet werden, die förmlich als Datenverarbeiter benannt werden, wenn die in Artikel 28 der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind

- interne berechnigte Personen laut Dokument „Whistleblowing interne Richtlinie“ (Kapitel „Übermittlung von Berichten“)
- Anbieter von Beratungsdienstleistungen und Unterstützung bei der Umsetzung der "Whistleblowing Policy";

Gegebenenfalls können personenbezogene Daten auf Ersuchen im Rahmen von gerichtlichen Ermittlungen an Justizbehörden und/oder Polizeidienststellen übermittelt werden.

Unter keinen Umständen werden personenbezogene Daten weitergegeben.

7. Rechte der betroffenen Person

Jede betroffene Person hat das Recht, die in den Artikeln 15 ff. der DSGVO genannten Rechte auszuüben, um von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen beispielsweise Zugang zu ihren personenbezogenen Daten, deren Berichtigung oder Löschung oder die Einschränkung der sie betreffenden Verarbeitung zu verlangen, unbeschadet der Möglichkeit, bei Ausbleiben einer zufriedenstellenden Antwort eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen.

Um diese Rechte auszuüben, muss ein spezifischer Antrag in freier Form an die folgende Adresse des für die Verarbeitung Verantwortlichen gerichtet werden: info@kargruher-stoll.it, oder senden Sie an dieselbe Adresse das auf der Website der italienischen Datenschutzbehörde verfügbare Formular.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die oben genannten Rechte der betroffenen Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß und im Sinne von Artikel 2 des Gesetzesdekrets Nr. 196 vom 30. Juni 2003 ("Datenschutzgesetz", geändert durch das Gesetzesdekret Nr. 101/2018) für den Zeitraum und in den Grenzen, in denen dies eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme darstellt, eingeschränkt werden können, wenn ihre Ausübung zu einer konkreten und tatsächlichen Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität der meldenden Personen führen kann.

In solchen Fällen haben die betroffenen Personen auf jeden Fall das Recht, die Angelegenheit an die zuständige Aufsichtsbehörde „Garante per la protezione dei dati personali“ weiterzuleiten, damit diese beurteilen kann, ob die Voraussetzungen für ein Tätigwerden gemäß Artikel 160 des Gesetzesdekrets Nr. 196/2003 erfüllt sind.

Welsberg-Taisten, 17.12.2023

KARGRUBER-STOLL GMBH

